



Prof. Haustein (2. v. r.), Direktor der Hautklinik, mit einigen seiner Mitarbeiter.

Foto: HFBS/Seeligmüller

vorgestellt

Direktor der Hautklinik Prof. Dr. sc. Uwe-Frithjof Haustein in Fachkommissionen und als Abgeordneter aktiv

Ein „zerstreuter Professor“?

Ich bin etwas vor der verabredeten Zeit vor dem Zimmer mit der Anschrift: Prof. Dr. sc. med. Uwe-F. Haustein, dem Direktorendomizil der Hautklinik in der Liebigstraße. Daß sich hinter dem P. der dazugehörige Vorname Frithjof verbergt, offenbart mir der Professor später, nicht ohne schmunzelnd zu lächeln. Wegen der Korrektheit...

sehr konzentriert: „Die vielen Funktionen aus dem medizinischen Bereich sind eng miteinander verbunden. Wenn auch spezielle Probleme unterschiedlich sind, ordnen sie sich doch meinem Fachgebiet unter. Und als Arzt und Wissenschaftler brauche ich natürlich engsten Kontakt zu den Dermatologen aus dem In- und Ausland, um über neueste Erkenntnisse informiert zu sein. Gegenwärtig sind wir mit den Vorbereitungen des Nationalen Kongresses der Dermatologischen Gesellschaft beschäftigt, der nächsten Jahr im Februar in Leipzig stattfinden soll. Das heißt für meine Mitarbeiter und mich, viele organisatorische und inhaltliche Probleme lösen zu müssen.“

eine Sache einsetzt, dann mit dem Ziel, daß Verbesserungen für die Bürger erreicht werden.“ Als Volksvertreter kann ich am wirksamsten werden, wenn sich die berufliche Tätigkeit mit der als Abgeordneter verbinden läßt“, betont er. Diese Einstellung ist verständlich durch sein umfangreiches Aufgabenfeld als Arzt und Wissenschaftler und erklärt sein Engagement für dermatologische Probleme über den Klinikbereich hinaus. In diesem Rahmen kümmert er sich um die Einführung neuer diagnostischer und therapeutischer Verfahren einschließlich der Externa-Standardisierung sowie um die Kaderentwicklung und hält Vorträge zur Weiterbildung für Hautärzte aus dem In- und Ausland. Er leitet auch die Gruppenhospitalisation von Hautärzten des Bezirkes Leipzig, die ihr theoretisches und praktisches Wissen bei Vorträgen, Visiten und Laboruntersuchungen in seiner Klinik erweitern können.

Korrektheit scheint eines seiner obersten Gebote zu sein. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls sein Arbeitszimmer mit dem Resonanzschrank, voll von dickleibigen medizinischen Fachbüchern, dem sogenannten abgedeckten Mikroskop auf dem Arbeitstisch.

Während ich im Zimmer warte, überfliege ich die Stichpunkte in seinem Notizbuch: Als Direktor der Hautklinik höchste Verantwortung für in der Regel 147 stationär behandelnde Patienten; etwa 4000 Konsultationen im Jahr; Best der Hauptvorlesungen vor Studenten, außerdem führt er den fakultativen Studentenzyklus für dermatologische Forschung persönlich durch; Genosse, Stadtverordneter, Mitglied des Vorstandes für Dermatologie der DDR; Vorsitzender der Sächsischen Gesellschaft für Dermatologie; Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft für klinische und experimentelle Immunologie, Mitglied der zentralen Fachkommission für Dermatologie; Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Fakultät; Leiter einer Forschungsgruppe der Klinik; Mitglied einer Promotions- und Diplomkommission.

Kollegen achten nicht nur auf sein fachliches Können, sondern auch die Fähigkeit, mit Menschen umzugehen. „Professor Haustein ist als Arzt für die Patienten sowie für uns als Leiter, ein Mensch, dem man Probleme anvertrauen kann“, schätzt Oberarzt Hans-Jürgen Glander ein. Sicher ist dies ein entscheidender Grund, warum der Genosse als Volksvertreter in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde. Als stellvertretender Vorsitzender der Ständigen Kommission Gesundheits- und Sozialwesen zeichnet er für die Zusammenarbeit des Bereiches Medizin der KMU mit dem Gesundheitswesen des Territoriums Leipzig verantwortlich. Hier ist er bemüht, daß die verschiedenen Fachgebiete zugunsten einer besseren medizinischen Betreuung zusammenwirken.

Mir schließen sofort die geflügelten Worte vom „zerstreuten Professor“ durch den Kopf. Ob er einer ist? Falsche Schlussfolgerung aus der Vielzahl seiner Funktionen. Professor Haustein erzählt ruhig, sachlich,

Wenn sich der Abgeordnete für

betrachtet

Viel hilft nicht immer viel

Wohl kein Patient verläßt die Arztpraxis ohne ein Rezept mit in der Regel mehreren verschriebenen Medikamenten, die zur Gesundung beitragen sollen.

Ökonomisierung des Gesundheitswesens

Viel hilft nicht immer viel

getan, weil die Rohstoffe für die Herstellung von Arzneimitteln, die wir zum Teil importieren müssen, auf dem internationalen Markt von Jahr zu Jahr teurer werden. Viel hilft eben nicht immer viel. Aus diesem Grund wächst die Verantwortung des Arztes bei der Verordnung des richtigen Medikaments. Es wird also auch im Gesundheitswesen angestrebt, bei geringstem materiellen Aufwand den größten Gesundheitseffekt für die Patienten zu erreichen.

Unser Gesundheitswesen stellt großzügig Mittel für Diagnostik und Therapie zur Verfügung. Allein für Arzneimittel werden drei Milliarden Mark jährlich ausgegeben. Leider vergessen manche Patienten, daß auch sie die Pflicht haben, an ihrer Gesundheit mitzuarbeiten. Das beginnt bei der Lebensweise, geht über die Einhaltung der verordneten Beträge bis zur konsequenten Einnahme von Medikamenten. Unverantwortlich ist es, wenn kostbare Medikamente nicht eingenommen werden, sondern im Nachhinein in den Müll landen. Deshalb ist es wichtig, daß während des vertrauensvollen Gesprächs zwischen Arzt und Patient entschieden und begründet wird, welches Medikament das geeignetste zur Wiederherstellung der Gesundheit ist. Dazu wählt der Arzt das Medikament nach der erwünschten Wirkung bei der Behandlung, nicht nach den Kosten. Wenn jedoch mehrere Medikamente mit ähnlicher Wirkung verschrieben werden, muß das für den Patienten nicht das Beste sein.

Daß dieses Ziel realisierbar ist, wird u.a. vom Bezirkskrankenhaus St. Georg bewiesen. Der gesamte Arzneimittelverbrauch in der Medizinischen Klinik beträgt seit Jahren konstant 600 000 Mark pro Jahr. Wie gesagt, und das, obwohl die Medikamente teurer und neue Präparate in die Praxis eingeführt wurden. Diese Einsparung von Arzneimitteln konnte in erster Linie durch wissenschaftliche Vorordnungsweise und ein gut entwickeltes Verhältnis zwischen Ärzten und Patienten erreicht werden.

Prof. Dr. sc. Peter Schwartz macht sich als Volkskammerabgeordneter des Ausschusses für Gesundheitswesen um die Ökonomisierung des Gesundheitswesens nicht nur viele Gedanken, sondern nimmt auch aktiv an zentral geleiteten Konsultationen in Krankenhäusern und Ambulanzen teil. Hier werden die Gesundheitsfragen unter den genannten Aspekten gründlich untersucht und ausgewertet.



Der Direktor des Carl-Ludwig-Instituts, Prof. Dr. sc. Peter Schwartz, bei seiner Forschungstätigkeit.

Aus der Arbeit der Abgeordneten

Qualifizierung

Prof. Dr. sc. Werner Müller von der Sektion M.-I. Philosophie sieht seine Aufgabe als Bezirksabgeordneter unter anderem darin, die Abgeordneten, Nachfolgekandidaten und berufenen Mitglieder der von ihm geleiteten Ständigen Kommission Bildungswesen qualifizieren zu helfen. Dazu nutzt er die kollektive Arbeit in Vorbereitung der Bezirkstage, spezielle Einsätze in Arbeitsgruppen und den Erfahrungsaustausch über Öffentlichkeitsarbeit in Betrieben und in Wohngebieten.

„Die Qualifizierung der Volksvertreter ist schließlich Voraussetzung für die engagierte, inhaltlich-reiche und disziplinierte Mitarbeit beim Lösen von Problemen“, betont Prof. Müller.

Gesetze

Als Volkskammerabgeordneter bin ich Mitglied des Verfassungs- und Rechtsausschusses. Hier war ich als Leiter von Arbeitsgruppen tätig, die Probleme der Wohnungswirtschaft, wie die Entwicklung des VEB Gebäude-Wirtschaft, der Mitwirkung von Haus- und Mietergemeinschaften beim Lösen von Wohnungsproblemen und die Wirksamkeit von Stadtordnungen untersuchte. Bei der Verabschiedung des Vertragsgesetzes erarbeitete ich die Stellungnahme des Ausschusses und trug sie zur Volkskammerabstimmung vor.

Die Haupttätigkeit im Ausschuss besteht darin, die Gesetzesentwürfe unter dem speziellen Gesichtspunkt des Ausschusses zu beraten. Das bedeutet, zu überprüfen, ob die Gesetzesentwürfe mit der Verfassung übereinstimmen und eine Weiterentwicklung der sozialistischen Rechtsordnung darstellen.

Prof. Dr. MANFRED MÜHLMANN, Sektion Rechtswissenschaft

Kultur

Prof. Dr. sc. Gabriele Meyer-Dennwitz ist als Volkskammerabgeordnete im Ausschuss für Kultur tätig. Seit Jahren ist sie an umfangreichen kulturpolitischen Arbeiten im Bezirk Neubrandenburg beteiligt. Die kunstpädagogische Veranstaltung mit Schülern „Winterakademie“ in Neustrelitz, Feldberg und Malchin hat die Leipziger Malerin und Grafikerin in ihrer Funktion als Volksvertreter mit ins Leben gerufen. Bei dieser Veranstaltung arbeitet der Bereich Kunst- und Kulturwissenschaft der KMU eng mit der Volksbildung Neustrelitz, Malchin und Feldberg zusammen. Die letzte Veranstaltung fand im Februar dieses Jahres statt.

befragt

Hans Schmellinsky, Stadtverordneter

Engagiert für die Bürger wirken

UZ: Genosse Schmellinsky, Sie haben mitgeholfen, das Abgeordnetenaktiv der KMU vor zehn Jahren aus der Taufe zu heben. Welche Gründe gab es für die Bildung dieses Aktivs?

sich mit den Plänen der Karl-Marx-Universität für dieses Jahr. Welche Aufgaben hat das Abgeordnetenaktiv daraus für seine Tätigkeit abgeleitet?

Hans Schmellinsky: Die Angehörigen der KMU, die als Abgeordnete tätig sind, arbeiten in der Volkskammer, im Bezirkstag oder in örtlichen Volksvertretungen. Das bedeutet, daß die Aufgaben der einzelnen Abgeordneten sehr unterschiedlich sind. Trotz dieser Verschiedenheit der speziellen Aufgaben gibt es jedoch Gemeinsamkeiten, die für die Tätigkeit als Volksvertreter nicht unerheblich sind. Dazu zählen vor allem das WIE des Lösen von Problemen im Interesse unserer Bürger, sowie das Klären von ideologischen Fragen. Gerade für junge Abgeordnete, zum Beispiel auch Studenten, ist das Gespräch mit Erfahrenen wichtig. Außerdem, finde ich, ist es notwendig, daß man die Abgeordneten seines Betriebes und deren Aufgaben nicht nur durch die Wahlen und auf offiziellen Veranstaltungen kennt. Aus diesen Gründen wurde das Abgeordnetenaktiv gebildet, das sich unter Leitung von Prof. Dr. sc. Annelore Klose-Berger mindestens einmal im Jahr zusammenfindet, um gemeinsame Aufgaben zu beraten und Erfahrungen auszutauschen.

Hans Schmellinsky: Ausgangspunkt dieser Beratung war der Beschluß des Gewerkschaftsaktivs der KMU zur Führung des sozialistischen Wettbewerbs, der den Plan für jeden Arbeitsbereich unserer Universität beinhaltet. All die Vorhaben aufzuzählen, würde Seiten füllen, da die Aufgaben für jeden Bereich differenziert sind. Was wir aus den Vorhaben für unser Abgeordnetenaktiv ableiten, ist vor allem die Verpflichtung, daß jeder an seinem Arbeitsplatz mit dazu beiträgt, daß die Planaufgaben in bester Qualität und möglichst vorfristig erfüllt werden.



UZ: Sie sind schon auf allgemeine Aufgaben und Bedeutung des Abgeordnetenaktivs eingegangen. Können Sie die Aufgaben für dieses Jahr präzisieren?

UZ: Bestleistungen und Engagement sind auch bei der Arbeit in den ständigen Kommissionen unerlässlich. Sie arbeiten als Vorsitzender der Ständigen Kommission Ordnung und Sicherheit. Welche Schwerpunkte hat sich Ihre Kommission in diesem Jahr gesetzt?

Hans Schmellinsky: Das Karl-Marx-Jahr würdig mitzugestalten, heißt auch für uns als Abgeordnete der KMU, mit Engagement und Leidenschaft für die Interessen der Bürger zu wirken. Diese unsere Hauptverpflichtung, gilt natürlich nicht nur im Karl-Marx-Jahr, aber in Verbindung mit Marx' Lehren wird die Bedeutung der Arbeit als Volksvertreter für die Verbesserung des Lebensniveaus der Bürger und somit für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und unserer Gesellschaft verstärkt bewußt. Die ideologische Arbeit mit den Werktätigen über die Friedensfrage, über soziale und wirtschaftliche Probleme steht dabei im Mittelpunkt. Dies hört sich vielleicht allgemein an, ist es aber nicht, weil wir unseren klaren Standpunkt mit der speziellen Funktion als Abgeordneter mit Leben erfüllen. Die konkreten Aufgaben sind für jeden natürlich unterschiedlich. Wie diese erfüllt werden und welche Verallgemeinerungen daraus gezogen werden können, diskutieren wir in einer unserer nächsten Beratungen.

Hans Schmellinsky: Die Ständige Kommission Ordnung und Sicherheit unterstützt Betriebe und andere Einrichtungen beim Kampf um den Titel „Bereich der vorbildlichen Ordnung, Disziplin, Sauberkeit und Sicherheit“. Wir gehen in Betriebe und informieren uns, wie es um Ordnung und Sicherheit bestellt ist und geben Hinweise für das exakte Einhalten von Sicherheitsnormen. Zu diesem Problem unterstützen wir bereits Sicherheitskonferenzen z. B. im Kirovwerk und VEB Technische Gase. Außerdem unterstützt unsere Ständige Kommission die Arbeit der Zivilverteidigung, der Wehrerziehung und die ideologische Arbeit zur Gewinnung von Offizieren.

UZ: Die letzte Beratung des Abgeordnetenaktivs beschäftigte

Seit dem 1. Januar dieses Jahres:

Rechterweiterung der gesellschaftlichen Gerichte

Möglichkeiten der Werktätigen zur Rechtsprechung in Konflikt- und Schiedskommissionen

In den Artikeln 21, 67 und Artikel 98 Absatz 2 der Verfassung ist das Recht der Werktätigen, an der Rechtsprechung mitzuwirken, als eine Form der Ausübung des Grundrechts auf Mitgestaltung aller staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten zum Verfassungsgrundsatz erhoben worden. Es gibt vielfältige Formen, in denen die Werktätigen an der Rechtsprechung teilnehmen. Dazu gehören die Arbeit in Konflikt- und Schiedskommissionen, die Öffentlichkeit der gerichtlichen Verhandlungen, das Mitwirken gesellschaftlicher Kräfte im Verfahren, das Heranziehen von sachverständigen Bürgern oder Vertretern von Arbeitskollektiven. Die größten Möglichkeiten zur Rechtsprechung bestehen in der Mitarbeit in gesellschaftlichen Konflikt- und Schiedskommissionen. Gegenwärtig gibt es mehr als 28 700 Konflikt- und 5200 Schiedskommissionen mit insgesamt 290 000 ehrenamtlichen Mitgliedern. Am 1. Januar 1983 trat ein neues Gesetz in Kraft, das ihre Rechte beträchtlich erweiterte. Die Konfliktkommissionen bestehen seit 1953. Wirkungsfeld sind Betriebe, staatliche Organe und Einrichtungen sowie ge-

sellschaftliche Organisationen. Sie sind vorrangig für Streitfälle aus dem Arbeits-, einschließlich Neuerwerberrecht zuständig. In diesem Rahmen behandeln sie Verfehlungen, Verglehen (z. B. gegen sozialistisches Eigentum), Ordnungswidrigkeiten (die noch keine Straftaten sind) sowie einfache zivilrechtliche Streitigkeiten zwischen Bürgern und zwischen Betrieb und Betriebsangehörigen. Neu ist u. a., daß sie zu Rechtsauskünften berechtigt sind. Die Schiedskommissionen wirken seit 1963 in Städten und Gemeinden. Sie beraten und entscheiden über einfache zivilrechtliche Streitigkeiten zwischen Bürgern, die aus Verletzungen ihrer Rechte und Pflichten, insbesondere in der Haus- und Wohngemeinschaft, entstehen, z. B. auch wegen Geldforderungen bis 1000 Mark. Behandelt werden können auch andere einfache vermögensrechtliche Streitigkeiten. Neu ist, daß Mitglieder von Produktionsgenossenschaften wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin zur Verantwortung gezogen werden können.

Diese Seite gestaltete Petra Nadolny, Sektion Journalistik.